Stefanie Wöhl

Die Transformation von Staatlichkeit und Geschlechterverhältnissen im finanzialisierten Kapitalismus

Einleitung

Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 ist auch innerhalb der Europäischen Union (EU) ersichtlich geworden, dass ‚der Staat' in Form seiner exekutiven Institutionen einerseits ein entscheidender Akteur ist, wenn es um die Sanktionierung von zu hohen Staatsausgaben geht. In Deutschland wurde z.B. eine Schuldenbremse, der Fiskalpakt, in Verfassungsrang in Abstimmung mit dem Parlament implementiert. Andererseits werden nationale Hoheiten, wie der nationale Haushaltsentwurf für das jeweilige Jahr, zukünftig zuerst der Europäischen Kommission vorgelegt bevor das nationale Parlament darüber abstimmt, um sicherzustellen, dass der jeweilige Mitgliedstaat die gemeinsam festgelegten Maastrichter Kriterien der Defizitgrenzen einhält.

Was Länder des sogenannten „globalen Südens" nach bisherigen Finanz- und Wirtschaftskrisen erlebt haben durch die zumeist darauffolgenden Strukturanpassungsprogramme seitens des Internationalen Währungsfonds (IWF), ist in der Folge der höheren Staatsverschuldungen seit 2008 nun also auch in Ländern der EU Realität geworden. Denn speziell die Mitgliedsstaaten der EU haben sich einen neuen Rahmen und engere Handlungsspielräume für ihre wirtschaftspolitische Entwicklung gegeben, sei es durch den Fiskalpakt oder weitere nationale budgetbezogene Maßnahmen zur Vermeidung von Staatsschulden, die aus der „Rettung" von Finanzinstitutionen entstanden sind (vgl. Bruff und Wöhl 2016). Dies ist in der EU in Abstimmung mit internationalen Institutionen wie dem IWF geschehen, wenn es um die Verleihung von Krediten an hochverschuldete Mitgliedsstaaten wie z.B. Griechenland ging. Dass diese Staatsverschuldungen im Zuge der Immobilienkrise 2008 vor allem durch Finanzspekulationen am Immobilienmarkt und durch die Vergabe von nicht rückgesicherten Krediten erfolgte, gerät dabei leicht in den Hintergrund.

Speziell die sogenannte Immobilienblase und der Kollaps von Lehman Brothers in den USA brachte eine krisenhafte Dynamik mit sich, die bereits Marx als tendenziell krisenhafte Verläufe kapitalistischer Entwicklung thematisierte, indem er auf Überakkumulationsprozesse des Kapitals verwies (vgl. MEW 25). Diese führen zu immer neuen Kapitalanlagen, heutzutage auch in Bereichen, die nicht dem Industriekapital

zugeordnet werden. Das Ausmaß, das diese Form von Finanzkapitalismus angenommen hat und die damit einhergehende technologische Weiterentwicklung von Finanzmärkten konnte Marx jedoch schwer vorhersehen. Diese Prozesse stellen sich im 21. Jahrhundert anders da als noch zu Marx' Lebenszeit, haben doch internationale Finanzmärkte und institutionelle Anleger eine weitaus bedeutendere Rolle für Investitionsentscheidungen von Unternehmen erhalten, und nicht selten sind es dabei spezifische Staaten, die zur Gewinnsicherung privater Finanztransaktionen durch Steueroasen zu deren Gewinnmaximierung weiter beitragen.

Die Geschlechterverhältnisse sind in vielfältiger Weise von diesen Entwicklungen im finanzialisierten Kapitalismus betroffen: Auf der Mikro-Ebene ist hier in Westeuropa seit Mitte der 1990er Jahre die Anrufung unternehmerischer Subjektivität im Zuge der Privatisierungen sozialer Sicherungssysteme zu beobachten, die auch normativ die Subjektkonstitution von geschlechtsspezifischen, ethnisierten, sexualisierten und klassenspezifischen Identitäten neu formieren. Gleichzeitig haben Finanzialisierungsprozesse des Staates dazu geführt, dass immer mehr Menschen in Aktien oder Anleihen investieren, sei es um ihre Rente aufzustocken wie z.B. in Deutschland, oder andere Formen sozialer Sicherung, die der Staat nicht garantiert, durch Kredite zu finanzieren, was vor allem in den USA und Großbritannien bereits seit langem der Fall ist, um Gebrauchsartikel des täglichen Lebens zu finanzieren (vgl. Montgomerie 2006; Young, Elson, Bakker 2011).

Diese Subjektivierungsformen gehen einher mit und werden strukturiert von der Meso-Ebene staatlicher Institutionen, die Politiken nach dem Marktprinzip umstrukturieren, und damit Privatisierungs- und Finanzialisierungsprozesse vorantreiben. So ist es bis zur Gegenwart in der EU noch nicht gelungen, eine Finanztransaktionssteuer einzuführen.

Auf der Makro-Ebene sind es die supranationalen Institutionen von Global Governance, wie z.B. der Internationale Währungsfonds und die Weltbank, die Frauen entweder z.B. über Mikrokredite, in Marktverhältnisse einbinden und damit neue Abhängigkeiten gegenüber Finanzunternehmen bzw. intermediären Händlern erzeugen wie z.B. in Indien (vgl. Wichterich 2012); oder die die Geschlechterverhältnisse versuchen zu steuern, in dem sie z.B. Resolutionen gegen Frauen- und Menschenhandel erlassen. Gleichzeitig regulieren sie somit global entweder direkt oder indirekt auch die globalen Produktions- und Reproduktionsbedingungen und tragen durch die Konstitutionalisierung internationaler Handelsabkommen zu den Lebensbedingungen

aller Menschen bei.
Es sind zudem vielfach Frauen, die in globalen Produktionsketten oder -netzwerken internationaler Firmen die Niedriglohnarbeit verrichten, um Waren für den Welthandel zu produzieren. Globale „Care-Chains“ von Frauen entwickelten sich, in der Frauen die Pflege- und Betreuungsarbeiten anderer Frauen übernehmen, die oft in benachbarten Ländern Lohnarbeit nachgehen. Es gibt mittlerweile Staaten in Südostasien z.B. Malaysia und die Philippinen, aber auch innerhalb Europas, die von den Geld-Transfers ihrer im Ausland arbeitenden weiblichen Fachkräfte einen nicht unerheblichen Teil ihres BIPs erzielen, obwohl sie selbst keinen gut ausgebauten öffentlichen Sektor haben, der Arbeitsplätze für diese Frauen im eigenen Land anbieten könnte (vgl. Elias/Gunawardana 2016; siehe auch Roberts in diesem Band). All dies ist durch feministische Forschung im Bereich der Internationalen Politischen Ökonomie gut dokumentiert (vgl. exemplarisch Bedford/Rai 2010; Young 2014).

Im Folgenden möchte ich daher zunächst ausschnittsweise auf die bisherige feministisch-marxistische Diskussionen zur Transformation von Staatlichkeit und Geschlechterverhältnissen eingehen, und zeigen, was diese Debatten zur Transformation von Staatlichkeit bisher analytisch beigetragen haben. Anschließend illustriere ich die Transformation von Staatlichkeit anhand von Finanzialisierungsprozessen seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008. Dabei gehe ich besonders auf den Zusammenhang zwischen (national)staatlichem Handeln und der Europäischen Union ein. Hierfür werde ich mich vor allem Prozessen der Finanzialisierung am Beispiel von Kreditvergaben in der Republik Irland zuwenden, um aufzuzeigen, wie durch staatliche Politiken Transformationen der Sozialsysteme und des Immobilienmarktes stattgefunden haben und was dies für eine geschlechtergerechtere Politik bedeutet. Insofern zeigt dieser Beitrag, dass die feministische Staatsforschung sich stärker als bisher mit diesen Prozessen auseinandersetzen müsste, um die stattfindenden Privatisierungs- und Finanzialisierungsprozesse und deren Auswirkungen auf die Geschlechterverhältnisse umfassender analysieren und somit die globalen Veränderungen in den Produktions- und sozialen Reproduktionsverhältnissen in die Transformation von Staatlichkeit miteinbeziehen zu können. Dies bedeutet zugleich, sowohl über die bisherige Auseinandersetzung feministischer wohlfahrtsstaatlichen Analysen als auch über die staatstheoretischen feministischen Perspektiven hinauszugehen, um den globalen Zusammenhang der Transformation von

Staatlichkeit erfassen zu können (vgl. Sauer/Wöhl 2011).

Feministisch-marxistische Staatsanalysen

Die feministisch-marxistische Auseinandersetzung mit dem Staat war lange Zeit von der Auseinandersetzung darüber geprägt, inwiefern der Staat per se patriarchal sei, oder ob er auch Handlungsräume für Frauen offen halte. Denn wäre das Patriarchat einheitlich substantiell staatlich vorhanden, könnten Frauen auch nominell nicht bestimmte Positionen in der Gesellschaft und im Staat innehaben (vgl. Sauer 2001). Feministisch-marxistische orientierte Theoretikerinnen wie Zillah Eisenstein diskutierten bereits in den 1980er Jahren im Anschluss an Nicos Poulantzas daher eine relative Autonomie des Staates gegenüber patriarchaler Strukturen und dem Kapitalismus:

„As a result, the relative autonomy of the state derives from conflicts that are internal to the capitalist class but exist on the question of patriarchy itself. Therefore there is no more cohesive state policy on patriarchy than on capitalist class relations, in practice, although it may seem as though there should be, at least in theory." (Eisenstein 1993: 227)

Nicos Poulantzas hatte den Staat als materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen beschrieben und damit zeigen wollen, dass kapitalistische Interessen insofern in den Staat eingehen, wie dieser Eigentumsrechte und Gesetze erlässt, die für die Aufrechterhaltung des Privateigentums notwendig sind. Damit trage er zu einer Aufrechterhaltung des Grundwiderspruches zwischen Kapital und Arbeit bei. Gleichzeitig erhalte sich der Staat eine „relative Autonomie", da die Interessen von bestimmten Kapitalfraktionen nicht einfach im Staat aufgehen, sondern der Staat als Verdichtung von verschiedenen Kräfteverhältnissen diese unterschiedlichen Interessen moderieren, ausgleichen und soziale Kohäsion erzeugen muss (vgl. Poulantzas 1978/2002). Das Konzept der relativen Autonomie des Staates bedeutet also, dass der Staat gesellschaftliche (Interessens-)Konflikte verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und AkteurInnen bündelt und als politische Ordnung zugleich selbst aus den von diesen AkteurInnen entwickelten Ideen und Interessen entsteht. Er spiegelt somit die Kämpfe zwischen den verschiedenen Klassenfraktionen wider und somit auch die Auseinandersetzungsprozesse zivilgesellschaftlicher AkteurInnen. Daher ist der Staat auch nicht das Instrument der Durchsetzung der Interessen von Männern oder einer herrschenden Klasse (vgl. auch Ludwig/Sauer 2009). In diesem Sinne ist er nicht patriarchal, da weder Männer als homogene Gruppe Gesetze über das Leben von Frauen

erlassen, weder einheitliche Interessen gegenüber Frauen haben noch bestimmte Lebensweisen einfach als Männer perpetuieren (vgl. Demirovic/Pühl 1998). Gleichwohl ist zu fragen, inwieweit der Staat tatsächlich relativ autonom von maskuliner Hegemonie und männlicher Herrschaft ist, durch die doch die Funktionsweise des modernen Nationalstaates in der Form der Trennung und Verbindung von Öffentlichkeit und Privatheit erst geschaffen wurden (vgl. Sauer 2001). Konkret bedeutet dies, dass die Ideale, die politischen Verfahrensweisen, die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die Trennung in einen öffentlichen und privaten Bereich und somit die Strukturen und Handlungen der institutionellen Apparatur des Staates eher einer maskulinen politisch-kulturellen Ordnung folgen, als dass sie Bereiche, Ideen und Verhaltensweisen fördern, die historisch „weiblich" konnotiert werden und denen Emotionalität (statt Rationalität) zugeschrieben wird. Sie forcieren somit auch auf der symbolisch-kulturellen Ebene geschlechtsspezifische Ungleichheit. Insofern können auch Frauen Staatsämter besetzen und politische Gleichheit erlangen, ohne dass dadurch die maskulin konnotierten Normen, Handlungen, Diskurse und institutionellen Verfahrensweisen an sich in Frage gestellt werden (vgl. Wöhl 2007). In meiner eigenen Forschung habe ich vorgeschlagen, Patriarchat in Anlehnung an Connell durch maskuline Hegemonie zu ersetzen, da dieser Begriff einerseits präziser die prinzipielle Durchlässigkeit des politischen und sozialen Systems sichtbar macht, gleichzeitig aber auch die strukturellen Grenzen dieser Durchlässigkeit (Stichwort „gläserne Decke") hervortreten lässt (vgl. Wöhl 2007, S. 40 ff.).

Für heutige Debatten um die Veränderung von Staatlichkeit im globalen Kapitalismus ist es daher relevant, welche Dimensionen (politische, symbolisch-kulturelle, strukturelle) von Ungleichheiten von und zwischen Frauen sowie Männern analytisch hervorgehoben und untersucht werden, und wie dies zu einer weiterführenden Analyse der Transformation von Staatlichkeit im finanzialisierten Kapitalismus beitragen kann.

Da die Staatsapparate in ihrer politischen Rationalität, den ihnen zugrunde liegenden Normen und in ihren politischen Handlungen maskulin überformt sind, im Sinne dass sie eher die Lebens- und Verhaltensweisen von mit Männern konnotierten kulturellen symbolischen Zuschreibungen und sozialen Verhaltensweisen fördern und anerkennen, wie z.B. Wettbewerbsfähigkeit, Konkurrenz, Autonomie, Individualismus, Objektivität, Arbeit außerhalb des Privathaushaltes etc., bleibt die Frage, inwiefern sie relativ autonom gegenüber maskulin konnotierten Handlungsweisen an sich überhaupt sein können. Das heißt nicht, dass Männer „den Staat machen", sondern dass es eine

maskuline Hegemonie als ein System des politischen Maskulinismus (vgl. zur Begrifflichkeit Kreisky 1997) durch eine politisch konstruierte Rationalität und maskuline Symbolik der Staatsmachtausübung gibt, die anscheinend bisher funktional für staatliches Handeln an sich ist (vgl. auch Kreisky/Löffler 2009). Diese symbolische und strukturelle Dimension von maskuliner Hegemonie gegenüber ‚anderen' Interessen, weiblich konnotierten Idealen wie z.B. Fürsorge, und politischen Verfahren, die nicht nur repräsentativ sondern als konstituierender Prozess gestaltet sind, ist daher nicht als autonom zu bezeichnen.

Diese Debatte um Staatlichkeit und Geschlechterverhältnisse schließt an die seit den 1980er Jahren breit geführten Diskussionen an, ob Kapitalismus und Patriarchat zwei unterschiedliche Systeme seien (vgl. Walby 1990; Hartmann 1985), die im Falle des Kapitalismus die Produktions- und Reproduktionsverhältnisse umfassen, im Falle des Patriarchats sich aber wesentlich auch auf die oben beschriebene symbolische Abwertung von Frauen und mit ihnen konnotierten Verhaltensweisen im Rahmen maskuliner kultureller Hegemonie beziehen (vgl. Seemann 1996).

Raewyn Connell (1990) hatte im Anschluss an diese Debatten vorgeschlagen, die Reproduktion der Sozialstruktur zu betrachten, um die maskulinen hegemonialen Effekte des Staates sichtbar zu machen. Dem entsprechend geht es nicht um ein allgemeines abstraktes Patriarchat, das der Staat darstellt, sondern die maskulinen Effekte und hegemonialen Strukturen sind in den staatlichen Praktiken zu lokalisieren, die die Gesamtheit des staatlichen Gefüges bilden. Demnach sind es die verschiedenen Politiken, die maskuline Hegemonie konsolidieren und diese entsprechend reproduzieren z.B. indem sie in vielen Fällen soziale Leistungen an Erwerbstätigkeit außerhalb des Privathaushaltes koppeln und somit verschiedene Formen von aktivem und passivem StaatbürgerInnenstatus konstruieren, wie Nancy Fraser und Linda Gordon am Beispiel der USA herausgearbeitet haben (Fraser/Gordon 1994). Fraser betonte zudem, dass öffentliche Diskurse nicht wertneutral sind, sondern im Rahmen sozialer Kämpfe bestimmt wird, welche Diskurse und soziale Praktiken im Staat Bedeutung erlangen und somit zur Formierung von Staatlichkeit überhaupt erst beitragen (Fraser 1990). Dementsprechend überlagern sich patriarchale Strukturen und deren symbolische Ordnung mit der kapitalistischen Produktionsweise bzw. tragen überhaupt erst zu deren Generierung bei.

Insofern muss genau untersucht werden, wie der Staat als institutionelle Bündelung verschiedener gesellschaftlicher Verhältnisse auf die Geschlechterverhältnisse einwirkt,

sie transformiert, neu definiert oder durch bestimmte Politiken stabilisiert. Und ob er als solcher überhaupt relativ autonom gegenüber den Geschlechterverhältnissen in seinen spezifischen Politikfeldern und den drei genannten Ebenen von Ungleichheit (strukturelle, symbolische, politische) ist. Im nachfolgenden Abschnitt möchte ich diese theoretischen Überlegungen an einem aktuellen Beispiel weiter diskutieren, um die Transformation von Staatlichkeit, speziell seit der Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 näher zu betrachten und die seit Mitte der 1980er Jahren verstärkt entstandenen Finanzialisierungsprozesse aufzugreifen in der Analyse.

Die Finanzialisierung der Privathaushalte

Seit den 1980er Jahren hat sich in den USA und auch Teilen Westeuropas eine Form von Finanzialisierung der sozialen Sicherung ausgebildet, die zum einen über Kreditvergaben oder zum anderen über die (Teil-)Privatisierung und Finanzialisierung bestimmter Sozialleistungen des Staates verläuft (Montogomerie 2006; siehe auch Roberts in diesem Band). In den USA sind es schon seit langem private Pensionsversicherungsträger oder Privatkredite, die die soziale Sicherung weiter Teile der Bevölkerung überhaupt erst ermöglichen (Roberts 2013). In der Bundesrepublik Deutschland und anderen konservativen Wohlfahrtsregimen ist dieser Prozess seit Mitte der 1990er Jahre sukzessive ausgebaut worden (vgl. Heires/Nölke 2014). Hier haben sich z.B. in Deutschland und Österreich mit der Teilprivatisierung der Rentensysteme Finanzinstitutionen und private Versicherungsträger einen erheblichen Marktanteil verschafft, ohne dass ihre Produkte eine entsprechende - ursprünglich durch Mindestzinsen garantierte - Rendite überhaupt sicher erwirtschaften können. Diese Form von Finanzialisierung, also Kredit- und Anlagegeschäfte für Privatkunden in Form von Hypotheken, privater Alterssicherung, Wohnbau- und Konsumentenkrediten, haben seit dem Einbruch der Finanzmärkte 2008 und der damit zusammenhängenden Immobilienblase zu einer erheblichen Verschuldung der Privathaushalte beigetragen. Der Staat spielt hier insofern eine entscheidende Rolle, da staatliche AkteurInnen sowohl die Systeme der sozialen Sicherung politisch steuern, als auch die Regulierung der Finanzmärkte bestimmen könnten. All dies ist seit 2008 im Kontext der Europäischen Union staatlicherseits nur zu einem sehr geringen Teil geschehen (vgl. Bieling/Guntrum i.E.). Dies liegt u.a. daran, welche Interessen bestimmter FinanzakteurInnen sich in der Politik durchsetzen konnten, oder ob sie die „relative

Autonomie“ des Staates unterlaufen, wie ich am Beispiel von Irland im Folgenden zeigen möchte.

Wie einleitend erwähnt, wurde nach dem Kollaps von Lehmann Brothers in den USA auch der europäische Bankensektor zunehmend vulnerabler, sodass viele Mitgliedsstaaten der EU nationale Bankenrettungen durch Steuerausgaben vornahmen, um sich dann im Rahmen des Europäischen Stabilitätsmechanismus ein Instrument zu schaffen, um die Refinanzierung von dadurch entstandenen Staatsschulden auszugleichen und um Staatsbankrote zu vermeiden. Austeritätsmaßnahmen waren in vielen Ländern der EU die Folge, was zu einer Verstärkung der Krise im Bereich der Arbeitsmärkte und Privatverschuldungen führte.

Gleichzeitig waren die Privathaushalte in spezifischen Ländern besonders betroffen, wenn sie Kreditschulden tilgten, um z.B. ihren Wohnraum zu finanzieren. In Spanien war die Lage besonders prekär, weil ein Gesetz dazu führte, dass KreditnehmerInnen selbst dann ihren Kredit weiter tilgen mussten, obwohl sie ihr Haus an die entsprechende Bank oder den Sub-prime Kreditgeber bereits zurück gegeben hatten (vgl. Lux/Wöhl 2015).

In der Republik Irland gab es ähnliche Effekte. Man könnte diese Situation auch analog zu David Harvey als ‚Akkumulation durch Enteignung’ beschreiben (Harvey 2004), da sich die Renditen über Immobilienspekulationen in Irland bis 2008 bereits vervielfältigt hatten, ohne dass ein entsprechender Gegenwert immer vorhanden war. Wie O’Callaghan et al. zeigen konnten (2015), sind Finanzialisierungsprozesse durch staatliche Förderungen für institutionelle Anleger, Hedgefonds oder Immobilienunternehmen in urbanen Gebieten Irlands bereits zwischen 1993 und 2007 entstanden, die neoliberale Paradigmen wie Eigentum für eine breiteren Bevölkerungsanteil zugänglich machten und von diesem diskursiven Paradigma auch befördert wurden. Niedrigeinkommenshaushalte erhielten zudem mehr Möglichkeiten bei der Kreditvergabe, und Steuersenkungen wurden für Firmen möglich gemacht, um die Immobilienentwicklung im ländlichen Raum neu zu gestalten und diesen neu anzusiedeln. Diese führte schließlich zu einem Überangebot am Immobilienmarkt noch vor dem Ausbruch der Finanzkrise 2008. Gleichzeitig entstanden Hypothekenkredite ohne genügend Eigenkapital der KreditnehmerInnen oder ohne notwendige Anzahlungen, sodass der Hypothekarmarkt weitgehend liberalisiert wurde und KreditnehmerInnen auch finanziell ausbeutbarer wurden. HypothekenkreditnehmerInnen sind zudem häufig von Arbeitsplatzverlusten, weniger

Einkommen oder von einer generellen Verschlechterung in ihrem Arbeitsverhältnis betroffen (Murphy/Scott 2013). Der Bildungsgrad von SchuldnerInnen, die im Verzug mit ihren Zahlungen sind ist generell niedriger als bei anderen KreditnehmerInnen (McCarthy 2014). KreditnehmerInnen in unsicheren Arbeitsverhältnissen sind zu 40% hauptsächlich Frauen, und sie sind es auch, die die größten Einkommensverluste seit 2008 hinnehmen mussten. Sub-prime KreditnehmerInnen sind dagegen viermal so oft in Verzug mit Zahlungen als andere KreditnehmerInnen bei regulären Banken. Menschen die keinen normalen Kredit finanzieren können, eine schlechte Kreditwürdigkeit besitzen oder sehr dringend einen Kredit benötigen sind diejenigen, die den größten Anteil an Sub-prime KreditnehmerInnen darstellen. Das Problem hier ist noch zusätzlich, dass Sub-prime KreditgeberInnen nicht reguläre Banken sind und somit auch nicht unter die ‚Mortgage Arrear Resolution Targets' der irischen Regierung fallen, die das Kreditverhältnis absichern sollen. Außerdem verfolgen Sub-prime KreditgeberInnen oft eine aggressive Rechtsstrategie wenn der Kredit nicht rechtzeitig getilgt wird und sie fordern auch höhere Rückzahlungsraten als Banken. Irische KreditgeberInnen haben mittlerweile insgesamt ihre Kreditvergabe auf den Wohnungs- und Finanzsektor zu 466% ausgebaut (McCrea/Moran 2014), weil die irische Regierung ihre Steuern hauptsächlich aus dem Immobilien- und Bausektor lukrierte. Bereits 2008 wurde staatlicherseits eine Garantie an Banken vergeben, dass gesicherte und ungesicherte AnlegerInnen und AnleihegläubigerInnen vom Staat aufgefangen werden würden.
Diese Entwicklungen in Irland sind auf Privatisierungsprozesse und die Zunahme von Kreditvergaben im Wohnungsbausektor zurück zuführen, die bereits in den 1990ern entstanden sind, in denen Irland einen starken wirtschaftlichen Aufschwung erlebte. Verschuldungen durch Kreditaufnahmen nahmen seitdem stetig zu, auch weil Hypothekargeschäfte weitestgehend staatlich dereguliert wurden und der reale Wert von Immobilien von 1995 bis 2006 bereits um 180% anstieg. Dies übertrifft sogar noch Spanien (105%), die USA (69%) und Großbritannien (133%) im selben Zeitraum (Murphy/Scott 2013, 36).

Der nach 2008 einbrechende Wohnungs- und Immobilienmarkt wurde somit vor allem in seinen Folgeeffekten für KreditnehmerInenn spürbar, da laufende Kredite oft aufgrund von Arbeitsplatzverlusten - auch im öffentlichen Sektor - nicht zurückgezahlt werden konnten. Diese Prozesse vollzogen sich besonders in den urbanen Gebieten rund um Dublin, aber auch der ländliche Raum litt unter diesen Folgen, denn im ganzen Land

sind Haushalte mittlerweile mit negativem Eigenkapital belastet (Murphy/Scott 2013). Irland musste seine größten Banken, die Bank of Ireland und die Allied Irish Bank, bereits 2008 refinanzieren und bis 2011 waren 75% der irischen Staatsschulden durch Bankenrettungen entstanden. Hierfür wurden 64 Billionen Euro Steuergelder verwendet, um Banken zu refinanzieren, was 40% des Bruttoinlandproduktes gleichkommt. Zudem musste die irische Regierung 2010 einem sogenannten ‚Memorandum of Understanding' der Troika zustimmen, um Gelder aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus zu erhalten und den irischen Staatshaushalt zu stabilisieren. Diese Memoranden sind bekanntlich an strikte Sparmaßnahmen gebunden, wie u.a. auch in Griechenland, und betreffen vor allem öffentliche Sektoren wie Gesundheit, Bildung und das Pflegewesen. Insofern sind die Privathaushalte hier doppelt oder gar dreifach betroffen, wenn sie, wie in Irland häufig der Fall, auch noch Konsumentenkredite und Immobilienkredite zurückzahlen müssen und gleichzeitig Haushaltsmitglieder ihren Arbeitsplatz verloren haben.

Aus der knappen Beschreibung dieser Entwicklungen wird ersichtlich, dass sowohl die symbolische, politische und soziale Dimensionen von Ungleichheit sich in diesen Verhältnissen widerspiegelt: Der irische Staat hat auf der symbolisch-ideologischen Ebene daran mitgewirkt, dass ein Diskurs von Immobilienbesitz besonders befördert wurde, und bestimmte Einkommensgruppen bereits vor 2008 steuerlich begünstigt wurden, wodurch auch die soziale Dimension von Ungleichheit deutlich wird, die staatlich quasi gefördert wurde (O'Callaghan et al 2015). Irland hat zudem eine lange Tradition des Immobilienerwerbs anstelle von Mieten und der gesamte Immobilienmarkt ist weiterhin stark privatisiert. Dies hatte in Irland, wie bereits in Großbritannien unter Thatcher, zur Folge, dass ArbeiterInnen und Angestellte nun in Immobilienbesitz waren und der bürgerliche Diskurs um Privateigentum zugunsten von Immobilieninvestoren vorangetrieben wurde. Die strukturelle Dimension von Ungleichheit am Immobilienmarkt wird auch dadurch deutlich, dass seit 2015 nun auch Einkommen von über siebzigtausend Euro steuerlich entlastet werden, wenn sie einen Wohnungskredit aufnehmen, während viele ärmere KreditnehmerInnen mittlerweile massive Schwierigkeiten haben, ihre Schulden zu tilgen (McCarthy 2014).

Im Gegensatz zu Spanien gab es jedoch bis 2015 keine massiven Zwangsräumungen, denn nur Kredite, die nach 2009 aufgenommen wurden, erlaubten es der Bank, ihre Immobilie zurückzufordern. Dies wurde jedoch vor kurzem gesetzlich geändert. Zwangsräumungen waren daher eher im privaten Mietsektor bisher sehr hoch (DG

Social Affairs 2016). Besonders GeringverdienerInnen oder Alleinerziehende stellen hier einen großen Anteil an Betroffenen dar. Frauen sind daher sowohl im Miet- und Eigentumssektor besonders betroffen und weiblich geführte Privathaushalte waren bereits 2013 zweieinhalbfach mal eher von immobilienbezogenen Verzugszinsen betroffen als Männer (DG Justice 2013, S. 178 ff.).

Die irische Regierung hat zudem ihre Ausgaben für Sozialwohnungen seit 2008 um ein Drittel und Mietzuschüsse um 11% reduziert, sodass ärmere Haushalte und Frauen hiervon besonders betroffen sind. Dies zeigt, dass die soziale Dimension von Ungleichheit durch die von der Regierung betriebene Austeritätspolitik noch befördert wurde: Betriebskostenrückstände sind z.B. im Zeitraum von 2010 bis 2013 um 30% angestiegen, dies ist besonders im Großraum Dublin der Fall, wo die Mietkosten massiv gestiegen sind (DG Social Affairs 2016, S. 23). Im Juli 2015 waren durch Zwangsräumungen und Wohnungsverluste fast fünftausend Menschen obdachlos, davon 1,495 Kinder (TASC 2015, 16). Zudem sind Ausgaben des alltäglichen Lebens teurer geworden, wie z.B. öffentliche Verkehrsmittel, sodass speziell Frauen mit geringem oder keinem Einkommen in dieser Situation einer Mehrfachbelastung strukturell ausgesetzt sind (vgl. Barry/Conroy 2014).

Weitere Auswirkungen der irischen Wohnungskrise betreffen Frauen, die besonderer Unterstützung bedürfen. Die Kinder- und Familienagentur Tusla berichtete, dass 80% der Frauen, die in Dublin vor häuslicher Gewalt flohen, abgelehnt werden mussten, da es keinen Wohnraum für sie gab. Zudem gab es Frauen, die am Tag ihrer Zwangsräumung Selbstmord begangen haben (DG Social Affairs 2016, 35). Die Zunahme von Zwangsräumungen sieht man deutlich im Zeitraum von 2010 bis 2013: Es gibt eine 17,6 % Steigerung von Zwangsräumungen durch lokale öffentliche Behörden, aber einen Anstieg von 111% bei Hypothekengeldgebern, die ihre Grundstück zurückfordern und einen Anstieg von 137,3 % bei privaten Wohnungsvermietungen (ebd., 191). Die Gerichte in Irland haben bisher Zwangsräumungen oft ausgesetzt oder auf bis zu zwei Jahre später verschoben. Dies könnte auch der Grund sein, warum Zwangsräumungen in Irland im europäischen Vergleich bis 2015 eher relativ niedrig waren. Insgesamt zeigt sich jedoch, dass geschlechtsspezifische soziale Ungleichheit in Irland seit 2008 massiv staatlicherseits befördert und angestiegen ist. Wie diese Prozesse mit der Veränderung von Staatlichkeit auf der politischen Ebene von Ungleichheit zusammenwirken, soll im folgenden Abschnitt abschließend dargestellt werden.

Die Verschiebungen zur Exekutive im Zuge der Krise

Einige der problematischen Entwicklungen in Folge von Finanzialisierungsdynamiken begannen bereits vor der letzten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008. Verstärkt wurden sie jedoch, wie das irische Beispiel zeigt, seit der Finanz- und Wirtschaftskrise durch weitere Deregulierungen und auch durch Verschiebungen zur Exekutive in der Politikgestaltung.

Dies geschah durch Verschiebungen vom Parlament zu exekutiven Organen, sei es auf der nationalen oder supranationalen Ebene. Auf beiden Ebenen können wir Verschiebungen weg von den Parlamenten zu exekutiven Institutionen beobachten, wie ich im Folgenden an Beispielen zeigen werde, sodass demokratische Mitbestimmung bestimmter Politikfelder durch die Parlamente noch schwieriger wird (Sauer 2011; Wöhl 2016). Auf der europäischen Ebene ist dies durch verschiedene Verfahren geschehen, z.B. durch das sogenannte „Reverse-Majority-Rule". Mit diesem neuen Abstimmungsprozedere wurden die Befugnisse der nur indirekt demokratisch legitimierten EU-Kommission gegenüber dem Europäischen Rat aufgewertet, da durch das Verfahren der umgekehrten Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit die Gesetzesvorschläge der Kommission jetzt als verbindlich gelten, wenn sie nicht innerhalb von zehn Tagen mit qualifizierter Mehrheit vom Europäischen Rat beanstandet werden (vgl. Oberndorfer 2016).

Dies ist vor allem im Bereich der Finanz- und Wirtschaftspolitik ausschlagegebend, da die neuen Bestimmungen für die Grenze eines strukturellen Staatsdefizits in der Eurozone mittlerweile soweit abgesenkt wurde, dass sie kaum noch einzuhalten ist, es sei denn die Mitgliedsstaaten nehmen massive Kürzungen im öffentlichen Sektor weiter vor. Die nationalen Parlamente bleiben daher oft die einzigen Orte, wo Kürzungen auch im sozialpolitischen Bereich oder bei der Veräußerung von staatlicher Infrastruktur zumindest diskutiert werden können und über die nationale Haushaltsplanung beraten wird. Allerdings zeigt sich die Verschiebung der demokratischen Mitsprachemöglichkeiten auch daran, dass in den Mitgliedstaaten durch das neu eingeführte „Europäische Semester" die Regierungen der Mitgliedsstaaten jetzt erst der EU-Kommission die nationale Haushaltsplanung für das kommende jeweilige Jahr vorlegen müssen, bevor es dem jeweiligen nationalen Parlament zur Abstimmung vorgelegt wird. Die nationalen Parlamente haben zudem häufig selbst der Kürzung staatlicher Ausgaben zugestimmt oder diese eingeleitet: entweder durch Zwang der

ehemaligen Troika wie z.B. in Griechenland, aber auch in Spanien und Irland u.a. haben die jeweiligen Regierungen Austeritätsmaßnahmen durchgeführt, um die vorgegebenen haushaltspolitischen Defizitgrenzen zu erreichen.

In Irland wiederum sind nach der letzten Wahl 2016 Abgeordnete ins Parlament gewählt wurden, die aus zivilgesellschaftlichen Anti-Austerität Organisationen stammen und von denen zu erwarten ist, dass sie in Zukunft weitere Kürzungen bei den Sozialausgaben zur Diskussion stellen (vgl. Wöhl 2017). Aber was bedeuten diese Entwicklungen für eine Transformation von Staatlichkeit im Rahmen der bereits beschriebenen Finanzialisierungsprozesse?

Zum einen ist durch die Finanz- und Wirtschaftskrise ersichtlich geworden, dass Staaten der Eurozone von Privatinteressen mächtiger Wirtschafts- und Finanzakteure nur insofern relativ autonom sind, als diese ihre Interessen in der Durchsetzung bestimmter Krisenmechanismen indirekt wiedergespiegelt finden. So haben die Refinanzierung Griechenlands und die Privatisierung weiter Teile der öffentlichen Infrastruktur dazu geführt, dass internationale Unternehmen z.B. den Hafen von Piräus oder die Flughäfen in Griechenland aufkaufen konnten.

Insofern stellt sich auch die Poulantzianische Frage erneut, ob der Staat überhaupt noch ‚relativ' autonom von gewissen Interessensgruppen ist, oder ob sich diese letztlich seit 2008 haben durchsetzten können z.B. über den ECOFIN Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der EU oder über den Einfluss exportorientierte Länder wie Deutschland, die speziell die Preisstabilität des Euros im Blick hatten für den weiteren Erfolg ihres Exportmodells (vgl. Heires/Nölke 2014). Dass diese Entwicklungen nicht allein durch Zwangsmaßnahmen durch die Troika durchgesetzt wurden, sondern dass sich Nationalstaaten auch neue exekutive Organe innerhalb des Staates selbst geschaffen haben, zeigt sich auch wieder am Beispiel Irlands, wo das 'Irish Fiscal Advisory Council' geschaffen wurde, um die Überwachung und Einhaltung der neuen Fiskalregeln durch den Fiskalpakt und weitere nationale Budget Zielvorgaben der EU zu garantieren. Zudem wurde ein eigenes neues Ministerium geschaffen, das Ministerium für ‚Public Expenditure and Reform' (PER) und ein neues Unterkabinett, das den Finanzminister, den Minister für PER, den Premierminister, dessen Vizepremier sowie den Außen- und Handelsminister umfasst (Cannon/Murphy 2015).

Diese Beispiele zeigen, dass dort, wo Frauen sich vermehrt Zugang zu den legislativen Institutionen des Staates geschaffen haben, wie auch sukzessive in Irland, das einen Frauenanteil von mittlerweile 21 % aufweist im Parlament nach der letzten Wahl 2016,

diese politischen Institutionen insofern bedeutungsloser werden, als dass sich machtvolle Entscheidungen eher in die erwähnten exekutiven Institutionen, Ministerialorgane und Unterkabinette verlagern. So ist zwar die politische Ungleichheit im Sinne der Repräsentation von Frauen gesunken, was als ein weiterer Faktor in der Transformation von Staatlichkeit interpretiert werden kann; der Abbau politischer Ungleichheit scheint aber keine Rolle zu spielen, wenn es um die symbolische und soziale Dimension von Ungleichheit geht, wie ich im bisherigen Kapitel am Beispiel von Irland dargestellt habe. Liberale politische Freiheitsrechte und Errungenschaften im Sinne der Gleichstellung der Geschlechter führen eben nicht zu mehr sozialer Gleichheit an sich, und sie können auch nicht immer die symbolische Dimension von Ungleichheit aufgreifen oder öffentlich thematisieren.

Die Transformation staatlicher Aufgaben und die Zukunft einer geschlechtergerechteren Politik

Die Parlamente bleiben als Möglichkeit der Politisierung von politischen Konflikten zwar grundsätzlich bestehen in der bürgerlichen liberalen Demokratie, aber Grundlagen der sozialen Materialität bleiben weiterhin geprägt von Ausschlussverhältnissen nach Herkunft, Geschlecht, Klasse und weiteren Faktoren, wie ich anhand von Finanzialisierungsprozessen und Verschiebungen zur Exekutive in Irland gezeigt habe.
Der Staat als materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen hat also nur begrenzte Offenheit und Durchlässigkeit gegenüber den verschiedenen sozialen Gruppen, Frauen verschiedener Herkunft und Klassenposition und kann die grundsätzlichen Widersprüche zwischen Produktions- und Reproduktionsverhältnissen nicht durch demokratische liberale Institutionen auflösen oder gänzlich integrieren. Positive Beispiele in Europa, wo soziale Bewegungen mittlerweile Zugänge zum Parlament neu erkämpft haben oder neue Parteien und Allianzen gebildet haben, bleiben widerständige Beispiele im Rahmen des europäischen Krisenkonstitutionalismus. ‚Barcelona en commun' ist ein solch positives Beispiel in Spanien für eine kommunale Regierungsform, die nicht top-down als Partei organisiert ist, sondern soziale lokale AktuerInnen einbindet in politische Prozesse, die dann von der Stadtregierung z.B. beraten und umgesetzt werden. Sie bleiben aber im europäischen und globalen Maßstab derzeit ihrem begrenztem regionalem Rahmen verhaftet und können nur durch breitere

Bündnisse eine weitere Transformation von Staatlichkeit hin zu mehr Gleichheit möglich machen.

Literatur:

Barry Ursula/Conroy, Pauline (2014): Ireland in Crisis. Women, austerity and inequality. In: Karamessini, Maria/Rubery, Jill (Hrsg.): Women and Austerity. The Economic Crisis and the Future for Gender Equality. London: Routledge. S. 186–206

Bedford, Kate/Rai, Shirin M. (2010): Feminists Theorize International Political Economy. In: Signs 36, H. 1, S. 1–18

Bieling, Hans-Jürgen/ Guntrum, Simon (i.E.): European Crisis Management and the Politics of Financialization, in: Pachel, Martin/Springler, Elisabeth/Wöhl, Stefanie/Zeilinger, Bernhard (Hrsg.): The State of the European Union. Wiesbaden: Springer Verlag, im Erscheinen

Bruff, Ian/Wöhl, Stefanie (2016): Implementing Austerity, Disciplining the Household. Masculine Norms of Competitiveness and the Crisis of Social Reproduction in the Eurozone. In: True, Jacqui/Hozic, Aida (Hrsg.): Scandalous Economics. Gender and the Politics of Financial Crises. Oxford: Oxford University Press. S. 92–108

Cannon, Barry/Murphy, Mary P. (2015): Where are the Pots and the Pans? Collective Responses in Ireland to Neoliberalization in a Time of Crisis: Learning from Latin America. In: Irish Political Studies 30, H.1, S. 1–19

Connell, Raewyn (1990): The state, gender and sexual politics: theory and appraisal. In: Theory and Society 19, H. 5, S. 507-544

Demirovic, Alex/Pühl, Katharina (1998): Identitätspolitik und die Transformation von Staatlichkeit: Geschlechterverhältnisse und Staat als komplexe materielle Relation. In: Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hrsg.): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 220–240

DG Justice (2013): The impact of the economic crisis on the situation of women and men and on gender equality policies - Synthesis Report, Luxembourg: Publication Office of the European Union

DG Social Affairs (2016): Pilot Project - Promoting protection of the right to housing - Homelessness prevention in the context of evictions, Luxembourg: Publication Office of the European Union

Eisenstein, Zillah (1993): The Radical Future of Liberal Feminism. Boston: Northeastern University Press

Elias, Juanita/Gunawardana, Samanthi J. (Hrsg.) 2016: The Global Political Economy of the Household in Asia. Basingstoke: Palgrave Macmillan

Fraser, Nancy (1990): Unruly Practices. Power, Discourse, and Gender in Contemporary Social Theory. Cambridge: Cambridge University Press

Fraser, Nancy/Gordon, Linda (1994): A Genealogy of „Dependency“: Tracing a Keyword of the US Welfare State. In: Signs 19, H. 2, S. 309–336

Hartmann, Heidi (1985): The Unhappy marriage of Feminism and Marxism

Harvey, David (2004): The new imperialism. Accumulation by dispossession. In: Socialist Register 40, S. 63–87

Heires, Macel/Nölke, Andreas (2014): Politische Ökonomie der Finanzialisierung. Wiesbaden: Springer Verlag.

Kreisky, Eva (1997): Diskreter Maskulinismus. Über geschlechtsneutralen Schein politischer Idole, politischer Ideale und politischer Institutionen. In: Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hrsg.): Das geheime Glossar der Politikwissenschaft. Geschlechtskritische Inspektionen der Kategorien einer Disziplin. Frankfurt/M.; New York: Campus Verlag. S. 161–213

Kreisky, Eva/Löffler, Marion (2009): In: Ludwig, Gundula/Sauer, Birgit/Wöhl, Stefanie (Hrsg.): Staat und Geschlecht. Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie. Baden-Baden: Nomos. S.

Ludwig, Gundula/Sauer, Birgit (2009): Engendering Poulantzas oder: Sinn und Zweck feministischer Anrufungen marxistischer Staatstheorie. In: Demirovic, Alex/Adolphs, Stephan/Karakayali, Serhat (Hrsg.): Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis. Baden-Baden: Nomos. S. 173–188

Lux, Julia/Wöhl, Stefanie (2015): Gender Inequalities in the Crisis of Capitalism: Spain and France Compared. In: Bruff, Ian/Ebenau, Matthias/May, Christian (eds.): New Directions in Comparative Capitalisms Research: Critical and Global Perspectives. London; New York: Palgrave Macmillan. S. 101–117

MEW Band 25: „Das Kapital“, Band II. Berlin: Dietz Verlag, 1983

McCarthy, Yvonne (2014): Dis-entangling the Mortgage Arrears Crisis: The Role of Labour Market, Income Volatility and negative Equity. In: Journal of the Statistical and Social Inquiry Society of Ireland 43, S. 71–90

McCrea, Niamh/Moran, Marie (2014): Women and Austerity in Ireland: Making the Connection, Presentation at the ATTAC European Summer University, Paris, France, August 2014.

Montgomerie, Johanna (2006): The Financialization of the American credit card industry. In: Competition and Change 10, H. 3, S. 301–319

Murphy, Enda/Scott, Mark (2013): Mortgage-related issues in a crisis economy: Evidence from rural households in Ireland. In: Geoforum 46 (2013), S. 34–44

Oberndorfer, Lukas (2016): Der neue Konstitutionalismus in der Europäischen Union und seine autoritäre Re-Konfiguration. In: Bieling, Hans-Jürgen/Große Hüttmann, Martin (Hrsg.): Europäische Staatlichkeit. Zwischen Krise und Integration. Wiesbaden: Springer. S. 177–200.

O'Callaghan, Cian et al. (2015) Topologies and topographies of Ireland's neoliberal crisis. In: Space and Polity 19, H. 1, S. 31–46

Poulantzas, Nicos (1978/2002): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. Mit einer Einleitung von Alex Demirović, Joachim Hirsch und Bob Jessop. Hamburg: VSA Verlag

Roberts, Adrienne (2013): Financing Social Reproduction: The Gendered Relations of Debt and Mortgage Finance in Twenty-first-century America. In: New Political Economy 18, H.1, S. 21–42

Sauer, Birgit (2001): Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte. Frankfurt/M.; New York: Campus Verlag

Sauer, Birgit (2011): Feministische Anmerkungen zur „Postdemokratie". In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, APuZ 1-2/2011, S. 32-36

Sauer, Birgit/Wöhl, Stefanie (2011): Feminist Perspectives on the Internationalization of the State. In: Antipode 43, H. 1, S. 108–128

Seemann, Birgit (1996): Feministische Staatstheorie. Der Staat in der deutschen Frauen- und Patriarchatsforschung. Opladen: Leske und Budrich

TASC (2015): Budget 2016, Equality Analysis. Dublin: TASC Publishing

Walby, Sylvia (1990): Theorizing Patriarchy. New Jersey: Wiley-Blackwell

Wichterich, Christa (2012): The other financial crisis: Growth and crash of the microfinance sector in India. In: Development 55, H. 3, S. 406–412.

Wöhl, Stefanie (2007): Mainstreaming Gender? Widersprüche europäischer und nationalstaatlicher Geschlechterpolitik. Königstein/Taunus: Ulrike Helmer Verlag

Wöhl, Stefanie (2016): Gendering Governmentality and European Integration Theory. In: Abels, Gabriele/MacRae, Heather (Hrsg.): Gendering European Integration Theory. Engaging New Dialogues. Opladen: Budrich Press. S. 237–255

Wöhl, Stefanie (2017): The Gender Dynamics of Financialization and Austerity in the European Union – The Irish Case, in: Kantola, Johanna/Lombardo/Emanuela (Hrsg.): Gender and the Economic Crisis in Europe. Politics, Institutions and Intersectionality. Cham: Palgrave Macmillan. S. 139–160

Young, Brigitte/Elson, Diane/Bakker, Isabella (Hrsg.) 2011: Questioning Financial Governance from a Feminist Perspective. Basingstoke: Palgrave Macmillan

Young, Brigitte/Montgomerie, Johanna (2011): Home is where the Hardship is. Gender

and Wealth (Dis)Accumulation in the Subprime Boom, Working paper 79, 2nd version, CRESC Working Paper Series, Manchester.

Young, Brigitte (2014): Financial crisis: causes, policy responses, future challenges. Outcomes of EU-funded research, DG Research and Innovation Directorate B, Luxembourg: Publications Office of the European Union.